

---

# Inhalt

<b>Vorwort zur 7. Auflage .....</b>	5
<b>Abkürzungen .....</b>	13
<b>1 Einführung .....</b>	15
<b>2 Alternativen zur Rechtlichen Betreuung – „Schon heute bestimmen, was später einmal geschehen soll“ .....</b>	17
2.1 Die tatsächliche Vorsorge durch vorausschauende Planungen und Verfügungen .....	17
2.2 Die rechtliche Vorsorge durch eine Vollmacht .....	20
2.2.1 Auswahl des Bevollmächtigten .....	21
2.2.2 Welche Angelegenheiten können einem Bevollmächtigten übertragen werden? .....	21
2.2.3 Verpflichtung und Kontrolle des Bevollmächtigten .....	23
2.2.4 Form und Wirksamkeit der Vollmacht .....	23
2.2.5 Einbindung eines Anwaltes .....	24
2.2.6 Besondere Konstellationen .....	25
2.2.6.1 Betreuungsfall Eltern .....	25
2.2.6.2 Betreuungsfall geistig behindertes Kind .....	25
2.2.7 Beispiel für eine Vollmacht zur Vorsorge .....	26
2.3 Die Betreuungsverfügung .....	30
2.3.1 Allgemeine Informationen .....	30
2.3.2 Beispiel für eine Betreuungsverfügung .....	31
2.4 Die Patientenverfügung und Sterbehilfe .....	32
2.4.1 Die gesetzlichen Regelungen .....	32
2.4.2 Inhalt der Patientenverfügung .....	34
2.4.3 Die rechtliche Kompetenz zur Bestimmung durch eine Patientenverfügung .....	36
2.4.4 Patientenverfügung in einfacher Sprache .....	37
2.4.5 „Sonderfall“ Psychiatrisches Testament .....	37
2.4.6 Patientenverfügungen im Zeitalter der personalisierten Medizin .....	38
2.4.7 Der Umgang mit Patientenverfügungen in Institutionen .....	39
2.4.8 Beispiel für eine Patientenverfügung .....	40
2.4.9 Kritische Anmerkungen .....	41
2.4.10 Auf dem Weg zur aktiven Sterbehilfe? Eine verbesserte Hospiz- und Palliativversorgung als Antwort! .....	43
2.4.11 Heutiges Medizinverständnis und Patientenverfügung .....	49
2.4.12 Das ethische Konsil und die ethische Fallbesprechung .....	50
2.5 Selbsthilfe .....	53
<b>3 Die Einrichtung der Rechtlichen Betreuung .....</b>	55
3.1 Grundsatz der Erforderlichkeit .....	55
3.1.1 Das Vorliegen von psychischer, seelischer oder geistiger Krankheit oder Behinderung .....	55
3.1.2 Körperliche Behinderungen .....	56
3.1.3 Die Einrichtung einer Rechtlichen Betreuung muss erforderlich sein .....	57

## Inhalt

---

3.2	Die Einrichtung einer Rechtlichen Betreuung auf Antrag des Betroffenen oder auf Anregung von Dritten .....	58
3.2.1	Allgemeine Informationen .....	58
3.2.2	Die Einrichtung einer Rechtlichen Betreuung gegen den Willen des betroffenen Menschen .....	59
3.3	Das Gericht ermittelt oder die Suche nach Entscheidungshilfe .....	61
3.3.1	Verfahrenspfleger .....	62
3.3.2	Gutachten, ärztliches Attest, Beweise .....	63
3.3.2.1	Allgemeine Informationen .....	63
3.3.2.2	Beispiel für die Gliederung eines Gutachtens .....	66
3.3.3	Der Sozialbericht der Betreuungsstelle .....	68
3.3.3.1	Allgemeine Informationen .....	68
3.3.3.2	Beispiel für die Gliederung eines Sozialberichtes .....	69
3.3.4	Die Anhörung des betroffenen Menschen .....	71
3.3.5	Zwangsmaßnahmen zur Durchführung des Verfahrens .....	74
3.3.6	Verzicht auf die Anhörung des betroffenen Menschen .....	75
3.4	Die Suche nach einem Betreuer .....	76
3.5	Die besondere Bedeutung der Betreuungsvereine .....	78
3.6	Die Entscheidung des Gerichts .....	79
3.6.1	Bestimmung des Aufgabenkreises .....	79
3.6.2	Der Beschluss .....	82
3.7	Das Eilverfahren .....	84
3.8	Erweiterung des Aufgabenkreises .....	89
3.9	Was kann gegen eine Entscheidung des Gerichts getan werden (Rechtsmittel)? .....	90
3.10	Wirksamkeit der gerichtlichen Entscheidung .....	92
3.11	Verpflichtung zur gewissenhaften Führung der Rechtlichen Betreuung ....	93
3.12	Betreuerausweis .....	93
3.13	Einführungsgespräch .....	94
3.14	Rechtliche Betreuung ist Hilfe zur Führung eines selbstbestimmten Lebens	94
3.15	Besprechungspflicht/persönliche Betreuung .....	97
3.15.1	Allgemeines .....	97
3.15.2	Formen des Kontakts .....	98
3.15.2.1	Besuche .....	98
3.15.2.2	Treffen an neutralem Ort .....	99
3.15.2.3	Besuch des betreuten Menschen beim Betreuer .....	99
3.15.2.4	Telefonat .....	99
3.15.2.5	Schriftliche Kontakte .....	100
3.15.2.6	Indirekte Kontakte .....	100
3.15.3	Häufigkeit der Kontakte .....	102
3.16	Rehabilitation .....	104
3.17	Pflicht zur Mitteilung gegenüber dem Gericht .....	104
3.18	Methodische Grundlagen .....	106
3.18.1	Menschenbild .....	107
3.18.2	Der Auftrag des Betreuers .....	107
3.18.3	Unterstützung vor Vertretung .....	108
3.18.4	Die Chemie muss stimmen .....	111
3.18.5	Die Fähigkeit zur Selbsterkenntnis .....	114

---

<b>4</b>	<b>Betreuungsplanung</b>	116
4.1	Unterschiede zum Hilfeplan gem. § 36 SGB VIII	116
4.2	Transparente Betreuung	118
4.3	Qualitätssicherung	119
4.4	Verteilung der Verantwortung	119
4.5	Einbeziehung des Gerichts in die Abgrenzungsdiskussion	120
4.6	Dokumentation der Betreuungsplanung	120
4.7	Grenzen der dokumentierten Betreuungsplanung	120
4.8	Entwicklung von Standards bei der Betreuungsplanung	121
4.9	Welche Inhalte kann und sollte der Betreuungsplan haben?	121
4.9.1	Persönlicher Kontakt: Fachlich fundierter Unterstützungsprozess auf Augenhöhe?	122
4.9.2	Beschreibung des Sachverhaltes	122
4.9.3	Wie weit ist der betreute Mensch in der Lage, frei und selbstbestimmt zu handeln?	122
4.9.4	Welche Maßnahmen und andere Hilfen können genutzt werden, um die selbstbestimmte Entscheidung und Handlung zu ermöglichen?	123
4.9.5	Was ist der Wille des betreuten Menschen?	124
4.9.6	Welches ist das subjektiv verstandene Wohl des betreuten Menschen?	124
4.9.7	Zum Vorrang der Wünsche des betreuten Menschen vor seinem objektivem Wohl	125
4.9.8	Entscheidung und Zielsetzung sowie deren Umsetzung	126
4.9.9	Welche Auswirkungen sind zu erwarten?	127
4.9.10	Zeitlicher Ablauf	127
4.10	Muster für die Gliederung des Betreuungsplans	128
<b>5</b>	<b>Beispiele aus den Aufgabenkreisen</b>	129
5.1	Aufgabenkreis Gesundheitsfürsorge, Untersuchung, Heilbehandlung, ärztlicher Eingriff	129
5.1.1	Rollenverteilung Betreuter, Arzt, Betreuer	130
5.1.2	Informationsfluss/Ärztliche Schweigepflicht/Datenschutz	131
5.1.3	Leitfaden für das Gespräch zwischen Arzt, dem betreuten Menschen und dem Betreuer – Behandlungsplan	132
5.1.4	Ist die Einwilligung in die Heilbehandlung durch den betreuten Menschen oder den Betreuer zu erteilen?	134
5.1.5	Richterliche Genehmigung	137
5.1.6	Eile ist geboten	140
5.1.7	Die Einwilligung des Betreuers in die Zwangsbehandlung	141
5.1.7.1	Zwang und Zwangsmittel	142
5.1.7.2	Der freie Wille und gleichrangige Erklärungen	142
5.1.7.3	Vorrang der Patientenverfügung	143
5.1.7.4	Vorrang des mutmaßlichen Willens	143
5.1.7.5	Einvernehmliches Zusammenwirken vorrangig	143
5.1.7.6	Fehlende Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	145
5.1.7.7	Zwangsbehandlung zum Wohl des Betreuten	145
5.1.7.8	Zwangsbehandlung als letztes Mittel	145
5.1.7.9	Der Nutzen muss das Risiko deutlich überwiegen	145
5.1.7.10	Formulierung des Antrags	146

## Inhalt

---

5.2	Aufenthaltsbestimmung .....	148
5.2.1	Wechsel der Wohnform im Alter .....	149
5.2.1.1	Eigener Wohnraum .....	150
5.2.1.2	Die Mehrgenerationenfamilie .....	154
5.2.1.3	Betreutes Wohnen .....	155
5.2.1.4	Organisierte und nichtorganisierte Wohngemeinschaften .....	156
5.2.1.5	Alten- und Pflegeheim .....	156
5.2.1.5.1	Vor- und Nachteile .....	156
5.2.1.5.2	Wünsche des betreuten Menschen .....	158
5.2.1.5.3	Auswahl eines Heimplatzes .....	159
5.2.1.5.4	Eilige Heimaufnahmen .....	161
5.2.2	Freiheitseinschränkende Unterbringung durch den Betreuer .....	162
5.2.2.1	Wann ist die Einwilligung oder Anordnung des Betreuers in eine freiheitseinschränkende Maßnahme gerechtfertigt? .....	164
5.2.2.2	Verfahren .....	165
5.2.2.3	Durchführung .....	168
5.3	Wohnungsangelegenheiten .....	169
5.3.1	Der richtige Aufgabenkreis .....	169
5.3.2	Was ist alles zu regeln? .....	169
5.3.3	Drohender Verlust des Wohnraums .....	170
5.3.4	Auflösung der Wohnung .....	171
5.3.5	Gerichtliche Genehmigung .....	171
5.3.6	Durchführung der Wohnungsauflösung .....	171
5.4	Die Verhinderung strafbarer und/oder sonst störender Handlungen .....	173
5.5	Vermögenssorge .....	174
5.5.1	Bin ich jetzt entmündigt? .....	174
5.5.2	Rechtliche Betreuung und Geschäftsfähigkeit .....	175
5.5.2.1	Allgemeines .....	175
5.5.2.2	Geschäfte des täglichen Lebens .....	177
5.5.3	Einwilligungsvorbehalt .....	178
5.5.4	Das Prinzip der Erforderlichkeit gilt auch bei der Vermögenssorge .....	179
5.5.5	Ermittlung und Sicherung des Vermögens .....	181
5.5.6	Checkliste zur Verwaltung des Vermögens .....	182
5.5.7	Vermögensverzeichnis und Rechnungslegung .....	185
5.5.8	Genehmigung durch das Gericht im Rahmen der Vermögenssorge .....	186
5.5.8.1	Welche Geschäfte unterliegen der Pflicht zur Genehmigung? .....	186
5.5.8.2	Befreiung von der Pflicht zur Genehmigung .....	187
5.5.8.3	Ausnahmebestimmungen für Verwandte, Behörden und Vereine .....	188
5.5.8.4	Wirksamkeit von Rechtsgeschäften, die ohne Genehmigung abgeschlossen worden sind .....	188
5.6	Vertreter im Verwaltungsverfahren .....	188
<b>6</b>	<b>Vertiefende Gedanken zur Gesprächsführung .....</b>	<b>191</b>
6.1	Psychische, geistige und seelische Krankheiten oder Behinderungen schließen ein sinnvolles Gespräch nicht aus, sondern erfordern besonderes Einfühlungsvermögen .....	191
6.2	Grundlagen der Gesprächsführung .....	193

---

6.2.1	Modellvorstellung menschlicher Kommunikation frei nach Friedemann Schulz von Thun .....	193
6.2.2	Die Grundhaltung .....	195
6.2.2.1	Die Kraft zur Bewältigung der eigenen Angelegenheiten kommt aus dem betroffenen Menschen selbst .....	195
6.2.2.2	Akzeptanz (vorbehaltloses Wahrnehmen und Respektieren des betroffenen Menschen) .....	196
6.2.2.3	Empathie (emotionales Zugewandtsein, einfühlendes Verstehen) .....	196
6.2.2.4	Echtheit .....	196
6.3	Die Verbindung von Theorie und Gesetz .....	197
6.3.1	Die Auswirkungen rechtlicher Normen auf das Gespräch mit den betroffenen Menschen .....	197
6.3.1.1	Die Rollenverteilung .....	197
6.3.1.2	Inhaltliche Vorgaben? .....	198
6.3.1.3	Lösungsstrategien .....	198
6.3.1.4	Spielraum für Entscheidungen .....	198
6.4	Hilfreiches zur Kommunikation .....	199
6.4.1	Vorbereitung auf das Gespräch .....	199
6.4.1.1	Persönliche und inhaltliche Vorbereitung .....	199
6.4.1.2	Das Herstellen einer unterstützenden Umgebung .....	200
6.4.2	Die Betonung von „Hier“ und „Jetzt“ .....	200
6.4.3	Erkennen der kognitiven Fähigkeiten .....	201
6.4.4	Erweitern der kognitiven Fähigkeiten .....	201
6.4.5	Das Verstandene reflektieren .....	201
6.4.6	Entwicklung der Strategie zur Problembewältigung .....	201
6.5	Ein Appell .....	202
6.6	Überredung ist kein Mittel zur Förderung selbstbestimmten Handelns .....	202
<b>7</b>	<b>Aktenführung</b> .....	203
<b>8</b>	<b>Datenschutz</b> .....	204
8.1	Überblick .....	204
8.2	Checkliste .....	206
<b>9</b>	<b>Haftung des Rechtlichen Betreuers</b> .....	209
9.1	Haftung gegenüber dem betreuten Menschen .....	209
9.2	Haftung gegenüber Dritten .....	212
9.2.1	Aufsichtspflicht .....	212
9.2.2	Haftung für Handlungen außerhalb des Aufgabenkreises oder nach Ende der Rechtlichen Betreuung .....	213
9.3	Wie kann das Risiko der persönlichen Haftung gemindert werden? .....	213
<b>10</b>	<b>Vertretung für den Rechtlichen Betreuer</b> .....	215
<b>11</b>	<b>Ende der Rechtlichen Betreuung</b> .....	216
11.1	Wechsel des Rechtlichen Betreuers .....	216
11.2	Die Rechtliche Betreuung ist nicht mehr erforderlich .....	217
11.3	Tod des betreuten Menschen .....	218

## Inhalt

---

<b>12</b>	<b>Kosten</b>	220
12.1	Kosten des Gerichtsverfahrens	220
12.2	Was kostet der Rechtliche Betreuer?	220
12.3	Wer bezahlt die Kosten des Rechtlichen Betreuers und des Verfahrenspflegers?	223
12.3.1	Grenze für den Einsatz des Einkommens nach dem Sozialhilferecht	223
12.3.2	Grenze für den Einsatz des Vermögens	224
<b>Anhang – Übersicht</b>		227
1.	<b>Arbeitshilfen und Formulare</b>	231
1.1	Arbeitshilfen und Formulare für das gerichtliche Betreuungsverfahren	231
1.2	Arbeitshilfen und Formulare im allgemeinen Rechtsverkehr	274
2.	<b>Rechtsvorschriften</b>	277
2.1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	277
2.2	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	277
2.3	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG)	308
2.4	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	312
2.5	Rechtspflegergesetz (RPfLG)	330
2.6	Bundesnotarordnung	332
2.7	Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung – VRegV)	333
2.8	Vorsorgeregister-Gebührensatzung – VRegGebS	335
2.9	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe –	338
2.10	Verordnung zur Durchführung des § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	351
2.11	Verordnung zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	355
2.12	Gesetz über die Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger (Betreuungsbehördengesetz – BtBG)	356
<b>Literatur</b>		359
<b>Stichwörter</b>		363